



wegen der seiner Ehefrau geleisteten Zuhälterdienste zu bestraft worden. Die Frau, welche sich apokryphisch dem Willen ihres Mannes fügte, hat sich später vergiftet. Wegen Gefährdung der Sittlichkeit fand die Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das öffentlich verkündete Urteil lautete auf weitere 2 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

**Bermischte Nachrichten.**

**\* Moderne Volkserziehungsbestrebungen.** Ueber das Thema Kunst und Schule sprachen auf dem schwedischen Lehretage in Bück drei Referenten, Seminar-Direktor Herzog-Weittingen, Lehrer Mejer- und Kunstmalers Bachmann-Büsch. Alle drei stimmten darin überein, daß die Schule für die ästhetische Erziehung der Jugend mehr als bisher tun müsse. Die Kunst, führte Herzog aus, ist für eine harmonische Ausbildung des Kindes unentbehrlich, sie regt die Phantasie an, beschäftigt sie und fördert so den idealen Sinn. Sie soll allen zugänglich gemacht werden, nicht bloß den Reichen, denn gerade für den Armen ist sie das Gegengewicht zum Gefühl seiner Not. Eine Schule, die auf das Kind nur durch den Verstand wirkt, die Phantasie unterdrückt, verkennt die besten Erziehungsgrundlagen. Doch soll die Kunst nicht als Fach in die Schule eingeführt werden, sondern als allgemeines Erziehungsmittel den ganzen Unterricht beeinflussen. Der Lehrer hüte sich aber, Bilder trocken zu erklären oder gar zu kritisieren; er soll auch nicht Kunstgeschichte treiben, sondern lediglich dem Kinde die Augen für künstlerische Schönheit und Stimmung öffnen. Das Dozieren über die kindliche Phantasie; noch schlimmer ist das Moralisieren vor einem Bilde, damit erreicht man gerade das Gegenteil des Bezwirkten. Moser machte praktische Vorschläge, wie man durch Wand- und Bilderrahmen, durch geschmackvolle Schulhausbauten, durch Aufnahme von Reproduktionen künstlerisch wertvoller Werke auf die kindliche Phantasie einwirken könne und verlangte zur Prüfung seiner Anregungen die Einsetzung einer Kommission. Bachmann forderte für die Schule vor allem die Vermittlung einer gesunden Gemüts- und Volkstugend, die von Tagesströmungen und Moden frei sein müsse. Die Vorträge fanden lebhafteste Zustimmung. Ebenso wurde der Anregung zugestimmt, es möchte der Bundesrat eingeladen werden, zum 100 jährigen Jubiläum von Schillers Wilhelm Tell (18. Februar 1904) eine künstlerisch angelegte, billige Volks- und Schulanlage dieses Nationaldramas zu veranstalten.

**\* Ein Blick in die Zukunft.** Wie die Welt um 1900 aussehen würde, darüber machte sich im Jahre 1763 ein Engländer viele Gedanken, die er in einem Buche niederlegte. Es ist interessant, sich jetzt darüber Rechenschaft abzulegen, wieviel von seinen Prophezeiungen sich wahr gemacht bewahrheitet hat. Die „Republique Francaise“

steht einige Auszüge aus dem Buche mit. Das Buch führt den Titel „Die Regierung Georg VI. 1900 bis 1922. Eine Prophezeiung, 1763 geschrieben.“ Europa am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts stellt sich der Verfasser folgendermaßen vor: Rußland hat nicht nur Finnland und die Krim erobert, sondern auch die Skandinavische Halbinsel. Es ist verbunden mit Frankreich, das noch immer unter der Herrschaft der Bourbonen steht — von der französischen Revolution also keine Ahnung! Die Herrschaft ist in Deutschland von den Habsburgern zu den Hohenzollern übergegangen. In dem Jahre 1903 regiert Friedrich IX., ein sehr schwacher Herrscher, der unter dem Pantoffel seiner Frau steht“. Das ganze Staaten ist in den Händen eines Königs und das Patrimonium Betri ist schon lange der Kirche enteignet worden. England hat sich mächtig entwickelt; die Zahlen, die der Verfasser erkauft, um einen Begriff von dieser Macht zu geben, zeigen, wie wenig ein Mann des achtzehnten Jahrhunderts in der Lage war, sich die jetzige Lage vorzustellen. „Die englischen Kolonien von Nordamerika“, sagt er, „haben im Jahre 1920 elf Millionen Einwohner,“ und das erscheint ihm fabelhaft. — Im Jahre 1900 hatten die Vereinigten Staaten und Kanada insgesamt mehr als 75 Millionen Einwohner. „Das sind so kleine Versehen des Propheten Nostradamus,“ fügt das Pariser Blatt hinzu, „aber es ist wahr, daß in andern Punkten der Verfall der Proben einer Voraussicht abgelegt hat, die uns in Erstaunen setzen.“

**\* Ein Sträfling als Erfinder.** Wie aus New-York berichtet wird, hat der 20jährige Charles Filer, der wegen Einbruches im Gefängnis gesessen hat und jetzt als mit einem Schein entlassener Sträfling in New-York ist, die englischen Rechte auf eine Erfindung für eine Kettenstrich-Rahmmaschine für 300.000 Mark veräußert. Filer sagt, daß ihm bei seiner Arbeit in der Schneiderei des Gefängnisses die Idee zu seiner Erfindung gekommen sei. Die Maschine ist in 34 Ländern patentiert worden.

trafs zur Verlesung, nach welchem dieser die Kosten von je 50 Mark für einen Arbeitgeber- und einen Arbeitnehmer-Beisitzer zur Teilnahme an den Dresdner Verhandlungen bewilligt habe und bemerkt dazu, daß hierin doch immerhin ein Fortschritt zu erkennen sei, wenn auch behauptet werden müßte, daß unser Antrag betr. der Entsendung zweier Arbeitnehmer-Beisitzer nicht ganz berücksichtigt sei. Leider habe auch das Gewerkschafts-Kartell unsern Beschlüsse nicht Rechnung getragen und die Bewilligung der Kosten für einen zweiten Delegierten abgelehnt.

In der sich hierin anschließenden Diskussion wird von den Delegierten Herzwig und Heß die Haltung des Gewerkschafts-Kartells zu rechtfertigen versucht und findet sich die Sitzung schließlich auch mit der veränderten Regelung ab. — Ein Delegierter wird hierauf Beisitzer Reil gewählt, während als Ergänzung der bereits in letzter Sitzung hierzu nominierte Beisitzer Reilner fungiert.

Unter dem 3. Punkt werden von den in letzter Sitzung gefällten Urteilen namentlich der Fall Anders kontra Stessfeld des längeren besprochen, sodann die verschiedenen Bauarbeiter-Prozesse einer eingehenden Behandlung unterzogen und das Verhältnis der Bauarbeiter zu ihren Arbeitgebern als einer präziseren Feststellung notwendig erachtet.

Unter „Verschiedenes“ wird der Wunsch ausgesprochen, in Zukunft die Sitzungen an jedem letzten Freitag im Monat abzuhalten, und soll demnach Möglichkeit entzogen werden. — Die Veröffentlichung der ohne Grund fehlenden Beisitzer wird vorherhand belassen. — Eventuelle Beschwerden über etwaiges ungenügendes Entgegenkommen seitens des Gewerbegerichts-Sekretärs bei Stellung von Klageanträgen möchten im Gewerkschafts-Sekretariat vorgebracht und in den Gewerkschafts-Versammlungen dies bekanntgegeben werden. —

**Vereins-Kalender.**

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pf., die vorher zu bezahlen sind.

**Maschinen- und Seiler, Zählstelle Magdeburg.** Sonntag den 10. d. Mts., nachm. 3 1/2 Uhr, Versammlung im Bürgerhaus, Stephansstraße 38. Bündliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht.

**M. Turn-„Einigkeit“, Buckau.** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im „Palais“, Dorotheenstr., und jeden Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, auf der städt. Sternwiese im Friedrich-Wilhelmsg. Turnrunde.

**Männer-Turnverein „Freiheit auf“, Magdeburg-Alstf.** Turnstunden Montag und Donnerstag von 8—10 Uhr abends in der Turnhalle Br. Schulstraße 1a. (neben Café Hohenzollern). — 552

**Arbeiter-Gesang-Verein Alte Neustadt.** Montag abend 8 1/2 Uhr Liedstunde bei Georg Winter, Rogauerstraße 80. —

**Wasserstände.**

Ort	15. Juli	16. Juli	17. Juli	18. Juli	19. Juli
Elbe	+ 0.55	+ 0.36	+ 0.20	+ 0.20	+ 0.08
Brandeis	+ 0.85	+ 0.60	+ 0.25	+ 0.14	—
Mesnit	+ 0.28	+ 0.24	+ 0.14	+ 0.06	—
Peitzewitz	+ 0.23	+ 0.22	+ 0.06	+ 0.06	—
Hühig	+ 0.61	+ 0.40	+ 0.21	+ 0.08	—
Dresden	- 0.88	- 0.94	0.08	—	—
Lorgau	+ 1.17	+ 1.16	0.01	—	—
Bittenberg	+ 1.45	+ 1.77	—	—	0.32
Hoblau	+ 0.45	+ 1.01	—	—	0.56
Barby	+ 0.44	+ 0.80	—	—	0.36
Schönebeck	+ 0.20	+ 0.50	—	—	0.30
Magdeburg	+ 0.75	+ 0.95	—	—	0.20
Langerwände	+ 0.85	+ 0.93	—	—	0.08
Bittenberg	+ 0.56	+ 0.56	—	—	—
Obmitz, Pegel	- 0.07	- 0.05	—	—	0.02
Lauenburg	+ 0.02	+ 0.04	—	—	0.02

**Vereine und Versammlungen.**

**Gewerbegerichts-Beisitzer.**  
 In der gestrigen Sitzung, die von 23 Beisitzern besucht war, teilten sich 10 Beisitzer, unentschiedelt: Buchdrucker Habel, die Holzarbeiter Grosse, Grün und Bachmann, die Tabakarbeiter Behnisch und Koss, die Metallarbeiter Köhr, Winter, Kahner, Heges, Biemeg, Fiegel und Böhme, Köhler, Lehmann, die Arbeiter Müller, Schulz und Spang, Kauter Kuhje und Bürger Huhn.

Am 1. Punkt der Tagesordnung teilte der Herrmann Bernick mit, daß sich bei der Aufhebung des Gewerbegerichts bezweifle der Frage der Errichtung von Samstagsgerichten für Angliederung der letzteren an die Gewerbegerichte ausgesprochen habe.

Am 2. Punkt wurde die Delegation zum Gewerbegerichtstag in Dresden behandelt. Der Vorsitzende bringt das Schreiben des Magi-

**Billiger wie überall!**

**Ich kann es!**

**Komplette Braut-Ausstattungen auf Abzahlung**  
 von Mark 1.50 bis 2000 an.

**Bei 20 Mark Anzahlung**

1 Korb	1 Gürtel
1 Mantel mit Hut	1 Spang
1 Haube	1 Schleier
4 Strümpf	1 Schleier
1 Handschuh	1 Handschuh

Große Auswahl Spitzen und Netze, Schürzen, Vorhänge, Kissen, Sofas, Blumen und Girlanden usw. schon von 5 Mark Anzahlung an.

**Anzügen und Heberzieher für Herren und Knaben**

**Damen-Konfektion u. Kleider**  
 Kinderstoffe, Gardinen, Teppiche und Smyrner

**Manufakturwaren.**

**Uhren und Regulatoren.**

**Eggs folgen in kurz.**

**S. Osswald**

**Magdeburg, Alte Marktstr. 11, I. Et.**

**Jeder erhält Kredit!**

**Singer Nähmaschinen**

Einfache Handhabung. Hohe Arbeitsleistung!

PARIS 1900:

**Grand Prix**

höchster Preis der Ausstellung.

Unentgeltlicher Unterricht, auch in der modernen Kunststickerei. Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.

**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**

MAGDEBURG, Breitweg 189/90.

**Carl Julius Braun**

Leber-, Leder- und Schuhmacherwerkzeuge - Handlung

Spezialität: Lederanschnitt

**Magdeburg-Buckau**

Schönebeckerstraße 48

hält sich bei Bedarf bestens empfohlen.

**Billigste Preise.**

**Jede sparsame Hausfrau verlange Stern-Strickwolle**

mit dem besten und vollständigsten Stern.

Das Fabrikat von unübertrefflicher Haltbarkeit im Tragen.

**Qualitäten:**

1. Sorte	Blauweiss, mit blauem Stern
2. Sorte	Rotweiss, mit rotem Stern
3. Sorte	Grünweiss, mit grünem Stern
4. Sorte	Blauweiss, mit blauem Stern

Jede gewaschene Wolle wird haltbar.

zu kaufen durch alle Handlungen.

**Erdenburg, 17. Juli.**

Geburten: Paul, S. des Arb. Christian Krause, Margarete, T. des Arbeiters Oswald Springer.

Todesfälle: Schmied Karl Börsch, 66 J. Witt, S. des Fleischer Johannes Dietlein, 25 J. Dreherlehrling Paul Wagner, 17 J. 4 M. 18 J. Otto, S. des Arbeiters Karl Ritter, 1 M. 23 J.

**Buckau, 17. Juli.**

Eheverbindung: Schlosser Paul Jürgens mit Selma Schmidt.

Geburten: Wladyslaw, T. des Schlosser Anton Gliniede, Anna-Marie, T. des Kaufm. Ernst Kaul.

Todesfälle: Elisabeth Müller, unehel., 4 M. 15 J.

**Neustadt, 17. Juli.**

Geburten: Harry, S. des Monteurs Richard Schütz, Mag. E. des Buchbindermeisters Heinrich Schmidt, Gertrud, T. des Arbeiters Wilhelm Große, Walter, S. des Buchb. Wilhelm Junig, Herbert, S. des Arbeiters Luigi Unterwaldt, Käthe, T. des Postb. Max Jürgens.

Todesfälle: Franziska Wilh. Heide, 81 J. 4 M. 22 J. Paul, unehel., 1 M. 17 J. Alfred, S. des Arbeiters Otto Wierrecht, 1 J. 3 M. 6 J.

Totgeboren: S. des Fabrikarbeiters Friedrich Hant.

**Affderleben.**

Geburten: S. des Arbeiters Heinrich Knöpf, S. des Steuer-Robert Koch, S. des Fabrikarb. Karl Kohnel, T. des Arbeiters Max Kogge.

Todesfälle: Emilie Frieder, T. des Arbeiters August 22.

**Stakfurt.**

Aufgebote: Vergard, Ernst Gustav Hilde hier mit Agnes Wilhelmine Hilde in Heddingen. Vergard, Walter Heinrich Wilhelm Hilde in Schmiedingen mit Emma Johanne Helene Fischer in Groß-Germersleben.

Geburten: S. des Schlossers Robert Koch, S. des Fabrikarb. Karl Kohnel, T. des Arbeiters Max Kogge.

Todesfälle: Emilie Frieder, T. des Arbeiters August 22.

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme des Beilags Die Neue Welt): Robert Albert, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Schmidt, Magdeburg. Geschäftsstelle: Salsbörgerstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Dr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 261. Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Fracht) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Provinz und den Auslandsländern Vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2 Mk. 25 Pf. Einzelne Nummern 6 Pf., Sonntags- und Ullers Nummern 10 Pf. — Inseratgebühren die sechsstelligen Zeitzeile 15 Pf., Post-Zeitungsliste Nr. 612.

Nr. 167.

Magdeburg, Dienstag den 21. Juli 1903.

14. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten einschl. des Romans „Was die Strafe verschlingt“.

## § 152 und 153 der Gewerbeordnung.

Zweieunddreißig Arbeitnehmerbesitzer des Berliner Gewerbegerichts haben jüngst den Antrag gestellt, daß das Gewerbegericht bei den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches wegen Abänderung der Koalitionsbestimmungen vorstellig werden soll; gewünscht wird die Aufhebung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung und Gewährung der Korporationsrechte an die Berufsvereine unter Verpflichtung der letzteren, das Einigungsamt vor Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter anzurufen. — Dieser Antrag ist insofern berechtigt, als er die Frage des Koalitionsrechts, die wichtigste Frage für die Arbeiterklasse nächst dem Wahlrecht, aufs neue in den Vordergrund rückt; er enthält indes Forderungen, die so, wie sie bisher formuliert sind, nicht in die Praxis umgesetzt werden können. Eine gesetzliche Verpflichtung darf den Gewerkschaften nicht auferlegt werden, vor Einstellung der Arbeit das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen. Wenn auch im allgemeinen diese Anrufung als ein gangbarer Weg bezeichnet werden kann, so muß es doch der organisierten Arbeiterschaft überlassen bleiben, gegebenenfalls von einem solchen Schritt Abstand zu nehmen, wenn er sich von vornherein als aussichtslos darstellt. Insbesondere kann die Verzögerung des Ausstandes dazu führen, daß sich die Unternehmer rechtzeitig mit Arbeitswilligen versehen.

Inwiefern die Vorschläge der Arbeitnehmerbesitzer angemessen seien, untersucht jetzt der Vorsitzende des Gewerbegerichts Berlin, Dr. Schalhorn, in der „Sozialen Praxis“. In Bezug auf die Gewährung der Korporationsrechte an die Berufsvereine betont Dr. Schalhorn, daß die Befugnis, die Eintragung in das Vereinsregister zu beantragen, nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch auch den Berufsvereinigungen ohne weiteres zukomme. Die Ablehnung solcher Anträge fließe nur aus dem Rechte der Polizeibehörde, die Eintragung eines jeden politischen oder sozialpolitischen Vereins zu untersagen. Betreffs dieses Verhältnisses wünscht Dr. Schalhorn die Bestimmung, daß Vereinigungen von der Art des § 152 G.-O., so lange sie sich einer Einwirkung auf staatliche Organe und deren Befugnisse in öffentlichen Angelegenheiten enthalten, dem Einspruchsrechte nicht unterliegen.

Es erscheint ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften sich „jede Einwirkung auf staatliche Organe und deren Befugnisse in öffentlichen Angelegenheiten“ enthalten. Man mag die „Neutralität“ auffassen, wie man will, — selbst ein Anhänger der äußersten „Neutralität“ wird nun und nimmer dafür eintreten können, jede Diskussion über die sozialpolitische Gesetzgebung in den Vereinsversammlungen zu unterlassen. — Wir müssen daher ohne jede Einschränkung die Anerkennung der Berufsvereine verlangen.

Die Beseitigung des 1. Absatzes von § 152 der G.-O. (Aufhebung der vor Inkrafttreten der Gewerbeordnung bestehenden Strafbestimmungen wegen Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen) empfiehlt Dr. Schalhorn mit Recht nicht; denn die Beseitigung jener Bestimmung könnte zu Versuchen Anlaß geben, landesgesetzlich neue Organisationsbeschränkungen einzuführen und damit einer friedlicheren Erlebung von Lohnbewegungen entgegen zu wirken. — Tatsächlich könnte durch Aufhebung des § 152 das Koalitionsrecht mit einem Schlag beseitigt sein.

Die Beseitigung des § 153 G.-O. (Strafbestimmungen über den Zwang zur Teilnahme an Verabredungen, durch Ehrverletzung, Verurteilung usw.) erklärt Dr. Schalhorn für unzweckmäßig. Allerdings finde der § 153 in erster Linie gegen die Arbeitnehmer Anwendung. Das ergebe sich aber aus der erheblich größeren Zahl der Arbeitnehmer (mehr als 30 auf einen Arbeitgeber), sowie daraus, daß die Arbeitnehmer meist die Angreifenden gewesen seien, mithin natürlich auch gewisse Ausschreitungen in erster Linie unter ihnen vorkommen mußten. Was ferner die Frage über harte Strafen angeht, so sehe § 153 nur eine Höchststrafe von drei Monaten vor, und die schwersten Bestrafungen seien auf Grund der allgemeinen Strafgesetze verhängt. Die Aufhebung von § 153 würde also hierin nichts ändern, während andererseits die Arbeitnehmer ohne jede Schädigung ihrer Interessen durch vorrichtiges Verhalten alle Übertretungen des § 153 vermeiden könnten. Endlich müsse die Beseitigung von § 153 die Gegner des Ausbaues der Koalitionsfreiheit aufstacheln, die überdies darin Recht hätten, daß bei manchen Ausständen und Sperren noch immer viel Belästigungen mehrfacher Art vorkämen.

Es ist bezeichnend, daß ein Mitarbeiter des Blattes der Berlepsi-Gruppe sich hier nicht viel anders äußert als der erste beste Scharfmacher. Nicht hauptsächlich, sondern nur gegen Arbeiter ist der § der Gewerbeordnung gerichtet; nicht ein einziger Fall ist bekannt geworden, daß einmal ein Arbeitgeber diesem ungerechten Klaffengesetz anheimgefallen wäre. Gerade in der Bemerkung, daß gerade die schlimmsten Strafen nicht auf den § 153, sondern auf das Strafgesetzbuch zurückzuführen sind, liegt das Zugeständnis, daß das allgemeine Recht mehr als ausreichend ist, angebliche Ausschreitungen zu sühnen. „Nur“ drei Monate Gefängnis, meint Herr Dr. Schalhorn besänftigend, — zu einer Zeit, in welcher ein Hüffener zu Festungshaft verurteilt wird.

Die Beseitigung des § 153 ist unbedingt notwendig, wenn das Wort des Professors Brentano seine Berechtigung verlieren soll. Die deutschen Arbeiter haben das Koalitionsrecht, aber, wenn Sie davon Gebrauch machen, so werden Sie bestraft. Anlässlich der letzten Novelle zur Gewerbeordnung beantragten unsere Genossen die Aufhebung des § 153; natürlich wurde der Antrag von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt. § 153 lautet bekanntlich:

Wer andere durch körperlichen Zwang, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch solche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten und mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem Strafgesetzbuch nicht eine härtere Strafe eintritt.

Wollte man die verhängnisvollen Folgen alle schildern, welche dieser Paragraph infolge seiner Auslegung durch die Gerichte gezeitigt hat, könnte man Bände füllen. Es seien daher nur kurz die wichtigsten Nachteile hervorgehoben, welche der Paragraph für das arbeitende Volk mit sich bringt. — Wenn jemand sich einer Körperverletzung schuldig macht, ohne sich gerade einer Waffe, eines Messers, oder eines andern gefährlichen Werkzeugs zu bedienen, oder mit andern gemeinschaftlich vorzugehen, oder das Leben des Angegriffenen zu gefährden, so kann er nie ohne Strafantrag bestraft werden, es sei denn, daß er sich der Körperverletzung im Falle eines Streits oder anlässlich einer Agitation für den Anschluss an die Gewerkschaften schuldig gemacht hat. Und selbst wenn ein Strafantrag vorliegt, kann der Richter in milden Fällen auf Geldstrafe von 3 bis 1000 Mark erkennen, nur wenn die Straftat im gewerkschaftlichen Kampf geschieht, muß der Richter selbst im mildesten Falle auf Gefängnisstrafe erkennen.

Würde der § 153 nicht bestehen, so wäre eine „Drohung“ gegenüber einem Arbeitswilligen oder Nichtorganisierten nur strafbar, wenn ihm mit der Begehung eines Verbrechens oder Vergehens gedroht würde und auch dann könnte er in leichten Fällen mit einer Geldstrafe von 3 bis 600 Mark davorkommen. So aber wird schon die Drohung mit irgend einem Nachteil, etwa damit, daß man mit dem Streikbrecher nicht mehr verkehren würde, falls er sich dem Streik nicht anschließt, mit Gefängnis bestraft.

Die Beleidigung kann nur auf Antrag bestraft werden, wenn sie nicht gerade gegen einen König, einen Prinzen oder gegen — einen Streikbrecher erfolgt. Sie kann, falls ein Antrag vorliegt, mit Geldstrafe geahndet werden; gegenüber einem Streikbrecher nur mit Gefängnis.

Die Verurteilungserklärung ist im gewöhnlichen Leben erlaubt. Es steht den Reserveoffizieren z. B. frei, den gesellschaftlichen Boykott gegen jeden Ehrenmann zu erklären, der einen Duellmord verweigert. Der Arbeiter, der aber die Streikbrecher von Person auf eine Liste setzt und mit welchen ehrenwerte Proletarier nicht mehr verkehren wollen, riskiert drei Monate Gefängnis!

So werden durch den § 153 der Gewerbeordnung Meinungsäußerungen bestraft, die im Verzweilungskampfe der organisierten Arbeiterschaft gegen ihre Ausbeuter und deren „arbeitswillige“ Helfershelfer nicht durchweg zu verdammen sind. Strafbare Handlungen aber, die zu verdammen sind, wie Bedrohung mit Körperverletzungen und Schlägereien, werden mit übermäßiger Härte bestraft, nur weil es sich um Vorgänge bei Streiks handelt, die zur Abwehr kapitalistischer Uebergriffe bestimmt sind. —

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 20. Juli 1903.

### Expropriation in Schlesien

Dem „Vorwärts“ entnehmen wir folgende Angaben: Das Jahr 1903 hat Schlesien eine neue Wasserkatastrophe gebracht, die ihre Vorgänger an Fülle der Schrecken erreicht, wo nicht vollends in den Schatten stellt. Die Wassergewalt, als die fürchterlichste Naturmacht, spottet aller kleinlichen Maßnahmen einer ängstlichen und engherzigen Bureaucratie. Wieder

ist in Schlesien der Hunger eingelehrt. Ohne jede Schuld sind Tausende ihrer Habe, ihrer Nahrungsmittel, ihrer Wohnung und ihrer Kleidung beraubt worden. Sie durften froh sein, wenn es ihnen gelang, aus der allgemeinen Verödung das Leben zu retten und ihr Vertrauen auf die Wildtätigkeit gauer Menschen. Sie, die sich redlich um ihr Teil bemüht haben, Werte im Interesse der Gesellschaft zu schaffen, und die nun diese Werte im Schaum des Wildbachs zerrinnen sahen, haben keinen Anspruch an diese Gesellschaft, für ihre Mühe entschädigt zu werden. Im Reiche der Kapitalherrschaft wird keiner nach der Arbeit gefragt, die er geleistet, sondern nur nach der Ware, die er zu verkaufen hat; wer mit leeren Händen auf den Markt kommt, kommt auch mit leeren Taschen zurück. Er ist auf den Bettel angewiesen, der nicht minder entwürdigend wirkt, wenn er vom Staate organisiert wird. Heute geht die Perle der Provinzen, das reiche Schlesien, das Schlesien der Kapitalmagnaten, als Bettelmund durch Deutschland, um für die armen Ueberschwemmten milde Gaben zu sammeln. Der Vorsitzende des schlesischen Provinzial-Landtages, Herzog von Ratibor, der Vertreter des Oberpräsidenten Michaleis und der Landeshauptmann Freiherr v. Nischhofen veröffentlichen in der bürgerlichen Presse diese Bittschrift, die ein wahrhaftiges Dokument preußischer Schande ist:

Wiederum ist die Provinz Schlesien durch Hochwasser schwer betroffen. Der Schaden ist noch unübersehbar, aber zweifellos sehr groß. Zunächst handelt es sich um Abstellung der dringendsten Nothstände, des Hungers und der Obdachlosigkeit. Schnellste Hilfe tut not. Die Unterzeichneten haben sich daher, um die Privatwohltätigkeit wirksam zu organisieren und ungeordnetes Sammeln und Verteilen zu verhindern, entschlossen, mit dieser schleunigen vorläufigen Bitte an die Opferfreudigkeit aller heranzutreten. Geldpenden möge man an den „Schlesischen Bauverein“, Breslau 1, Albrechtstraße, richten. Wegen der Gründung eines größeren Komitees und von Unter-Ausschüssen in den Kreisen der Provinz ist das erforderliche veranlaßt.

Indem sich die höchsten Staatswürdeträger Schlesiens an die Spitze eines Unternehmens der Privatwohltätigkeit stellen, folgen sie einem dunklen Drange, der sie heißt, wenigstens im übertragenen Wirkungskreise und mit erbetenen Mitteln eine Tätigkeit auszuüben, die sie eigentlich von Staats wegen und aus öffentlichen Mitteln üben sollten

### Vom Polizeikampf gegen das Vereinsgesetz.

In jeder Woche fast erleben wir, daß die Gerichte eine ungezügliche Auslehnung der Polizei gegen das Vereinsgesetz konstataren. Unser Berliner w.-Korrespondent schreibt uns darüber:

In Grünberg bei Oberjöhren (Posen) hatte der Bauhandwerker Timm eine sozialdemokratische Volksversammlung einzuberufen und als solche bei der Polizei angemeldet. Die Polizei nahm nachträglich daran Anstoß, daß fast nur — der Ueberwache war der Meinung — Mitglieder der dortigen Zählstelle des Maurerverbandes und des Zimmererverbandes an der Versammlung teilnahmen. Flugs dramatisierte sie, daß es sich hier in Wirklichkeit um eine Verbandversammlung gehandelt habe. Der Einberufer Timm wurde wegen Vergehens gegen die Paragraphen 1 und 12 des Vereinsgesetzes angeklagt, weil er es unterlassen habe, eine Mitgliederversammlung anzumelden und statt dessen eine Volksversammlung, die gar nicht stattgefunden, angemeldet habe. Die abgehaltene Mitgliederversammlung der Zählstellen des Zimmerer- und Maurerverbandes müsse als nicht gemeldet gelten.

Das Landgericht sprach indessen den Angeklagten schon aus einem formellen Grunde frei, während das Kammergericht als Revisionsinstanz die Freisprechung auch materiell gut hieß. Angeklagter müsse auf jeden Fall freigesprochen werden. § 1 des Vereinsgesetzes schreibe nur vor, daß Versammlungen anzumelden seien, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Danach sei es nicht nötig, Vereinsversammlungen als Vereinsversammlungen anzumelden oder überhaupt nähere Angaben zu machen. Selbst wenn es sich hier um eine Vereinsversammlung gehandelt hätte, wäre aus der Bezeichnung als Volksversammlung nichts gegen den Angeklagten herzuleiten. Im übrigen sei auch Verjährung eingetreten.

Da an Versammlungen politischer Vereine Frauen nicht — oder vielmehr nur im „Segant“ teilnehmen dürfen, wird man natürlich im allgemeinen gut thun, schon durch die Anmeldung klarzustellen, ob es sich um öffentliche oder um Vereinsversammlungen handelt, damit der Polizei keine Gelegenheit geboten wird, in der angeblichen Meinung, daß es sich um eine „Vereinsversammlung“ handelt, dem Aufenthalt von Frauen in Volksversammlungen Schwierigkeiten zu bereiten. Nichtsdestoweniger beweist der oben geschilderte Prozeß aufs neue, mit wie kleinlichen Mitteln die Polizei einen respektwidrigen Kampf gegen die Arbeiterbewegung führt. —

## Deutschland.

Berlin, 20. Juli. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat soeben an die Eisenbahndirektions-Präsidenten einen Erlaß gerichtet, der sich gegen das Uebermaß in







„Wie furchtbar! Wie entsetzlich!“ stöhnte sie. „O, das war ein Zeichen von irdischer Vorbedeutung! In ihrem Haar noch wollte sie mich mit sich zerran in das schaurige Grab! Und das trifft immer zu! O Gott, mein Gott, was habe ich denn getan, daß ich ihr jetzt folgen muß, die sich doch nie um mich gekümmert!“

„Wenn ich denn doch bald sterben muß, so ist mir jetzt alles egal!“ rief sie, wie aus wüstem Traum aufspringend. „Und sterben muß ich, denn dieses Zeichen ist stets untrüglich! . . . Heute soll man mich lustig jagen! . . .“

„Was ist Dir? Hast Du auch schon gehört?“ fragte sie. „Es sind tolle Geschichten, die da passieren!“

„Stella schaute sie verwirrt fragend an, in ihrer Fieberstimmung auf alles gefaßt.“

„Moritzohn ist in Hamburg erwischt worden, als er eben auf das Schiff gehen wollte. Seine Freundin, Frau Blume, ist heute als Gäftmädchen eingekracht worden und mit ihr ihre Gesellschafterin, die berühmte Baronin von Wolfen. Sie sollen beide schon eingekerkert haben.“

Stella hörte zerstreut. Sie antwortete nicht.

„Und dann ist noch was passiert. Kürth ist heute morgen gestorben. Einer seiner Freunde erzählte es mir. Wer mach' Dir keine Angst! Seine Frau will die Geschichte nicht bekannt haben. Um den öffentlichen Skandal zu vermeiden, hat sie aussprechen lassen, ihr Mann sei mit dem Pferde gestürzt. Tot ist er ja einmal, und glücklich sollen die beiden auch nicht miteinander gelebt haben, denn er hat ihr schon den größten Teil ihres Vermögens durchgebracht!“

Stella war erschüttert, aber sie empfand keine Reue, viel eher eine boshafte Gemüthsruhe. Kürth war tot . . . und durch ihre Hand! Das war die gerechte Strafe des Himmels! . . . Und Konstanze als Mörderin ihres Gatten eingekracht . . . O, die war immer schlecht gewesen! . . . Auch sie hatte ihre Strafe! . . . Aber ihr ward's doch bange; ihr ward's, als gehe es da an eine Abrechnung, in der auch an sie die Reue kommen könne.

„Geh nur, geh! Wir finden uns heute abend!“ rief sie mit fieberhaften Ineinanderflagen der Zähne, und kaum war Justine fort, als sie sich hastig auszog und sich vor dem Schicksal wieder im Bett verstaubte.

„Wie furchtbar! Wie entsetzlich!“ stöhnte sie. „O, das war ein Zeichen von irdischer Vorbedeutung! In ihrem Haar noch wollte sie mich mit sich zerran in das schaurige Grab! Und das trifft immer zu! O Gott, mein Gott, was habe ich denn getan, daß ich ihr jetzt folgen muß, die sich doch nie um mich gekümmert!“

„Wenn ich denn doch bald sterben muß, so ist mir jetzt alles egal!“ rief sie, wie aus wüstem Traum aufspringend. „Und sterben muß ich, denn dieses Zeichen ist stets untrüglich! . . . Heute soll man mich lustig jagen! . . .“

„Was ist Dir? Hast Du auch schon gehört?“ fragte sie. „Es sind tolle Geschichten, die da passieren!“

„Stella schaute sie verwirrt fragend an, in ihrer Fieberstimmung auf alles gefaßt.“

„Moritzohn ist in Hamburg erwischt worden, als er eben auf das Schiff gehen wollte. Seine Freundin, Frau Blume, ist heute als Gäftmädchen eingekracht worden und mit ihr ihre Gesellschafterin, die berühmte Baronin von Wolfen. Sie sollen beide schon eingekerkert haben.“

Stella hörte zerstreut. Sie antwortete nicht.

„Und dann ist noch was passiert. Kürth ist heute morgen gestorben. Einer seiner Freunde erzählte es mir. Wer mach' Dir keine Angst! Seine Frau will die Geschichte nicht bekannt haben. Um den öffentlichen Skandal zu vermeiden, hat sie aussprechen lassen, ihr Mann sei mit dem Pferde gestürzt. Tot ist er ja einmal, und glücklich sollen die beiden auch nicht miteinander gelebt haben, denn er hat ihr schon den größten Teil ihres Vermögens durchgebracht!“

Stella war erschüttert, aber sie empfand keine Reue, viel eher eine boshafte Gemüthsruhe. Kürth war tot . . . und durch ihre Hand! Das war die gerechte Strafe des Himmels! . . . Und Konstanze als Mörderin ihres Gatten eingekracht . . . O, die war immer schlecht gewesen! . . . Auch sie hatte ihre Strafe! . . . Aber ihr ward's doch bange; ihr ward's, als gehe es da an eine Abrechnung, in der auch an sie die Reue kommen könne.

„Geh nur, geh! Wir finden uns heute abend!“ rief sie mit fieberhaften Ineinanderflagen der Zähne, und kaum war Justine fort, als sie sich hastig auszog und sich vor dem Schicksal wieder im Bett verstaubte.







# Wolf Seelenfreund

→ Breitweg 61

## Ein Doppel-Waggon

echtes

# Bayrisches Porzellan

in tadelloser Qualität

# Extra-Preise

für Montag  
Dienstag  
Mittwoch

Kaffeeservice	5 teilig	1.95
Kaffeeservice	9 teilig	2.50
Kaffeeservice	15 teilig für 12 Personen	4.85
Kaffeeservice	15 teilig mit Pastoren für 12 Personen	5.90

Sämtliche Service mit hochfeinen Dekors und modernste Formen.

500 Dkd. Tassen	Porzelo, weiß	6 Paar	90 Pf.
800 Dkd. Festonteller	flach und tief, sonst 30 Pf. jezt		23 Pf.
Kabarettts	2 teilig, mit Faltchen bemalt		1.25
Kaffeekannen	3-füßigerform		
	0.55	0.55	1.00
	1.30	1.70	3.20
	12	18	72
	87	95	150
Saucieren	Setzen		60 Pf.
Deffertteller	mit Goldrand, 19 cm		20 Pf.

Suchenteller	ausgeb zu den Esswaren	Stück	12 Pf.
Kleine Tellerchen	ausgeb zu den Esswaren	Stück	22 Pf.

## Ein Posten Chinaware

Chinesische Brotkörbe	Stück	21 Pf.
Chinesische Samischirme	Stück	15 Pf.
Chinesische Gläserstellerchen	6 Stück	4 Pf.
Chinesische Bleistiftspiker	Stück	3 Pf.